1. Antwort: Wirtschaftlichkeit/Subventionsbedarf

Aus unserer Sicht ist die langfristige Wirtschaftlichkeit von Windenergieanlagen an Binnenlandstandorten in Baden-Württemberg kritisch zu bewerten. Die im Vergleich zu Küstenregionen deutlich geringeren Volllaststunden führen dazu, dass viele Anlagen nur mit erheblichem Einsatz öffentlicher Fördermittel wirtschaftlich betrieben werden können. Dies wirft grundlegende Fragen nach Effizienz, dem Kosten-Nutzen-Faktor und Akzeptanz in der Gesellschaft auf.

Ein Energiesystem, das dauerhaft auf staatliche Subventionen angewiesen ist, halten wir für nur eingeschränkt tragfähig. Fördermechanismen können sinnvoll sein, um Innovationen anzustoßen oder neue Technologien in eine Marktreife zu begleiten. Sie dürfen jedoch nicht zum Dauerzustand werden. Andernfalls drohen Fehlanreize, steigende Stromkosten sowie eine zunehmende Belastung der öffentlichen Haushalte.

Unser Ziel ist eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung, die langfristig ohne dauerhafte Subventionen auskommt und von der Bevölkerung mitgetragen wird.

2. Antwort: Versorgungssicherheit/Backup-Kapazitäten/Gesamtkosten

Windenergie kann einen Beitrag zur Stromerzeugung leisten, sie ist jedoch aufgrund ihrer wetterabhängigen und volatilen Einspeisung nicht in der Lage, gesicherte Leistung bereitzustellen. Insbesondere in windschwachen Phasen, etwa bei sogenannten Dunkelflauten, trägt sie nicht zur Stabilität des Stromsystems bei. Für eine verlässliche Energieversorgung muss daher jederzeit ausreichend regel- und abrufbare Leistung zur Verfügung stehen.

Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, sind Backup-Kapazitäten unverzichtbar. Dazu zählen insbesondere flexibel einsetzbare Kraftwerke, etwa moderne Gas- und perspektivisch wasserstofffähige Anlagen, sowie leistungsfähige Speicherlösungen. Auch Lastmanagement und ein leistungsfähiger Netzausbau spielen eine wichtige Rolle.

Wir kritisieren, dass in der öffentlichen Debatte häufig nur die Erzeugungskosten von Windenergie betrachtet werden, nicht aber die Gesamtkosten des Systems. Die Kosten für Backup-Kapazitäten, Netzausbau, Reservehaltung und Eingriffe in den Strommarkt müssen vollständig und transparent berücksichtigt werden. Ein Energiesystem, das parallel sowohl wetterabhängige Erzeugung als auch konventionelle Kraftwerkskapazitäten nahezu vollständig vorhalten muss, ist aus wirtschaftlicher Sicht ineffizient.

Wir fordern daher eine ehrliche Gesamtbetrachtung der Energieversorgung. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss mit dem tatsächlichen Bedarf an gesicherter Leistung, den regionalen Möglichkeiten und der Finanzierbarkeit für Bürger, Wirtschaft und Kommunen in Einklang gebracht werden. Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit dürfen nicht zugunsten ideologisch motivierter Ausbauziele vernachlässigt werden.

3. Antwort: Netzstabilität/Netzausbaukosten

Ein weiterer Ausbau fluktuierender Einspeiser wie der Windenergie stellt das Stromnetz vor erhebliche technische und organisatorische Herausforderungen. Die stark schwankende Einspeisung belastet insbesondere die Verteilernetze im ländlichen Raum und erhöht den Aufwand für Netzregelung, Redispatch-Maßnahmen und Notfalleingriffe. Eine sichere Netzstabilität ist jedoch die Grundvoraussetzung für eine funktionierende Energieversorgung und darf nicht gefährdet werden.

Technisch halten wir eine bessere Systemintegration erneuerbarer Energien für notwendig. Dazu gehören unter anderem verbindliche Anforderungen an Regelbarkeit, Blindleistungsbereitstellung und netzdienliches Verhalten von Erzeugungsanlagen sowie der gezielte Einsatz von Speichern und intelligenten Lastmanagementsystemen. Regulatorisch braucht es eine stärkere Ausrichtung des Ausbaus an der tatsächlichen Netzaufnahmefähigkeit sowie eine realistische Planung, die Erzeugung, Netze und Speicher gemeinsam betrachtet, statt isolierte Ausbauziele vorzugeben.

Wir sehen die erheblichen Kosten des notwendigen Netzausbaus als große Herausforderung an. Diese Kosten werden letztlich über Netzentgelte und Umlagen auf Verbraucherinnen und Verbraucher sowie auf die mittelständische Wirtschaft umgelegt und gefährden die Bezahlbarkeit von Energie. Deshalb fordern wir volle Kostentransparenz und eine ehrliche Gesamtrechnung, die nicht nur die Erzeugung, sondern auch die Folgekosten des Netzausbaus berücksichtigt.

Langfristig müssen die Finanzierungslasten fair verteilt werden. Der Netzausbau darf nicht einseitig zu Lasten von Bürgern, Kommunen und regionaler Wirtschaft gehen. Wir setzen uns für eine stärkere Beteiligung des Bundes an überregionalen Netzinfrastrukturkosten, für eine Entlastung besonders betroffener Regionen sowie für ein Verursacherprinzip ein: Wer durch den Ausbau fluktuierender Erzeugung zusätzliche Netzkosten verursacht, muss angemessen an deren Finanzierung beteiligt werden. Ziel bleibt ein stabiles, bezahlbares und leistungsfähiges Stromnetz, das Versorgungssicherheit und Akzeptanz gleichermaßen gewährleistet.

4. Antwort: Natur- und Artenschutz

Der Schutz von Natur und Artenvielfalt ist für uns kein nachrangiges Ziel, sondern ein zentraler Bestandteil nachhaltiger Politik. Beim Ausbau der Windenergie muss daher sichergestellt werden, dass die bestehenden Vorgaben des Natur- und Artenschutzes konsequent eingehalten und nicht aus Gründen der Beschleunigung aufgeweicht werden. Die Risiken dürfen nicht relativiert oder pauschal in Kauf genommen werden. Wir fordern daher belastbare, standortbezogene artenschutzrechtliche Prüfungen, die auf aktuellen, unabhängigen Erfassungen beruhen, sowie verbindliche Mindestabstände zu Brut-, Horst-, Jagd-, Flug- und Militärgebieten sicherstellen.

Technische Maßnahmen wie bedarfsgerechte Abschaltungen, Detektionssysteme oder saisonale Betriebsbeschränkungen können zur Minderung von Risiken beitragen, ersetzen jedoch nicht die sorgfältige Standortwahl. Für uns gilt: Wo erhebliche artenschutzrechtliche Konflikte bestehen, darf es keinen Anlagenbau geben. Der Schutz bedrohter Arten ist rechtlich wie moralisch nicht verhandelbar.

5. Antwort: Landschaftsbild, Erholungsräume und Tourismus

Baden-Württemberg lebt von vielfältigen, gewachsenen Kulturlandschaften, die eine zentrale Bedeutung für Lebensqualität, Naherholung und Tourismus haben. Gerade in touristisch sensiblen Regionen und Erholungsräumen kann eine hohe Anlagendichte das Landschaftserlebnis und damit auch die Attraktivität für Besucher und Einheimische spürbar beeinträchtigen. Mögliche negative Auswirkungen auf den Natur- und Erholungstourismus dürfen nicht ausgeblendet werden.

Aus **unserer Sicht** darf der Ausbau der Windenergie daher nicht pauschal erfolgen. Erforderlich ist eine regionale, differenzierte Planung, die landschaftliche Besonderheiten und touristische Bedeutung berücksichtigt. Eine Energiepolitik mit Augenmaß ist notwendig, um Akzeptanz zu sichern und Landschaft, Erholungswert und regionale Wertschöpfung zu schützen.

6. Windkraft im Wald/Ökologische Risiken/Brandgefahr

Wir bewerten die Errichtung von Windenergieanlagen in Waldgebieten sehr kritisch. Wälder erfüllen zentrale Funktionen für Biodiversität, Trinkwasserschutz, Kohlenstoffspeicherung und Erholung. Der Bau von Windrädern führt häufig zu erheblichen Eingriffen in ökologisch sensible Strukturen, wie bspw. die von Ihnen erwähnten Aufzählungen.

Vor diesem Hintergrund messen wir dem Schutz der Waldökosysteme höchste Bedeutung bei. Ein forciertes Vorrangflächenmodell darf nicht auf Kosten der Wälder umgesetzt werden. Windkraftanlagen sollten nur in Ausnahmefällen, nach sehr

strenger Prüfung aller ökologischen Auswirkungen und unter Einhaltung verbindlicher Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen, errichtet werden.

7. Antwort: Gesundheitliche Aspekte/Abstand

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Studien leisten einen wichtigen Beitrag zur Ausweisung von Windkraftflächen. Offene Forschungsfragen müssen selbstverständlich noch geklärt werden, aber im Allgemeinen verdeutlichen sie, dass es dringend Vorgaben und Regulierungen braucht, vor allem zum Schutz der Bevölkerung im ländlichen Raum, die die Hauptlast des Ausbaus von Windkraftflächen trägt.

Vor diesem Hintergrund messen wir dem Vorsorgeprinzip große Bedeutung bei. Bei der Festlegung von Mindestabständen zwischen Windenergieanlagen und Wohnbebauung sollte die Gesundheit und Lebensqualität der Bevölkerung stets bedacht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Abstände so bemessen werden, dass potenzielle Belastungen durch Schall, Infraschall oder Schatteneffekte verlässlich minimiert werden und die Anlagenplanung auf wissenschaftlich fundierte, transparente Kriterien gestützt ist.

8. Antwort: Schadstoffe/Materialeinsatz

Wir sehen den Einsatz von Materialien wie PFAS-haltigen Beschichtungen oder Bisphenol-A in Rotorblättern kritisch. Diese Stoffe stellen potenzielle Umwelt- und Gesundheitsrisiken dar und machen deutlich, dass hier Handlungsbedarf geboten ist.

Ziel muss es sein, schadstofffreie oder deutlich weniger belastende Materialien zu fördern, verbindliche Recycling- und Entsorgungskonzepte vorzuschreiben und die Forschung an alternativen Werkstoffen systematisch zu unterstützen.

9. Antwort: Rückbau und Haftung

Wir stehen hinter dem Verursacherprinzip: Betreiber müssen von Beginn an die volle Verantwortung für Rückbau und Renaturierung übernehmen. Gleichzeitig braucht es eine wirksame Kontrolle durch die Genehmigungsbehörden, um sicherzustellen, dass die finanziellen Sicherheiten dauerhaft bestehen und nicht durch Eigentümerwechsel oder Betreiberinsolvenzen unterlaufen werden. Geeignete Instrumente sind zweckgebundene Rückbaubürgschaften, Sicherheitsleistungen oder Fondsmodelle, deren Höhe realistisch kalkuliert und regelmäßig an Kostenentwicklungen angepasst wird. Diese Absicherung muss sämtliche Rückbaukosten umfassen, einschließlich Fundamentrückbau, Entsorgung der Materialien sowie der vollständigen Wiederherstellung der betroffenen Flächen.

Nur mit klaren, rechtssicheren und durchsetzbaren Regelungen kann Vertrauen geschaffen und verhindert werden, dass langfristige Folgekosten für Mensch und Natur auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

10. Antwort: Gesamtstrategie/Energiemix

Wir setzen auf Technologieoffenheit: Neben Wind und Sonne müssen auch andere Technologien wie Wasserkraft, Biomasse, flexible Gaskraftwerke, Speicherlösungen und innovative Wasserstoffanwendungen genutzt werden. Auch dezentrale und private Energiegewinnungsmöglichkeiten müssen gefördert werden, um nicht abhängig von einzelnen Großkonzernen oder Importen aus dem Ausland zu werden.

Aus unserer Sicht muss die Energiepolitik konsequent an Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Wirtschaftlichkeit ausgerichtet sein, um eine langfristig tragfähige Stromversorgung, die Klimaschutz, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Akzeptanz in Einklang bringt.